

Kahla, den 08. 01. 2012

Leserbrief zu OTZ-Kommentar "Abfluss-, aber nicht kostenfrei" von Volkhard Paczulla (05. 01. 2012)

In Volkhard Paczullas Kommentar "Abfluss-, aber nicht kostenfrei" (OTZ vom 05. 01. 2012) zur Beteiligung Thüringer Grundeigentümer an den Abwasser- und Straßenausbaukosten könnte ein Unbeteiligter den Eindruck gewinnen, daß Beitragsforderungen etwas Gerechtes wären oder eine normale Art der Finanzierung darstellten. Tatsächlich existiert diese Art einseitiger Finanzierung aber nur in dreizehn Bundesländern und sonst nirgendwo auf der Welt. Es wird weiterhin nicht hinterfragt, warum nur ein Teil der Bürger für eine Leistung bezahlen soll, die ALLE Bürger in gleichem Maße nutzen. Jedenfalls kenne ich keine Statistik, daß Grundeigentümer die Toilette öfter nutzen, als Mieter.

Bei Straßenausbaubeiträgen ist es oft ähnlich: Es werden Straßen ausgebaut, die von allen genutzt werden, aber nur von den Anliegereigentümern bezahlt werden sollen. Oft geschieht der Ausbau sogar ohne Vorteil für die Altanlieger, sondern für andere, die dann selbst aber von der Beitragslast freigestellt oder teilbefreit werden. Beispiel Opel Eisenach.

Wenn Herr Paczulla zudem schreibt, daß die Anlagen teilweise gefördert wurden und damit der allgemeine Steuerzahler mit beteiligt wird, vergißt er, daß ein Großteil der Grundeigentümer zu eben jenen Steuerzahlern gehört, die somit neben den Beiträgen noch zusätzlich belastet werden.

Der Kommentar behauptet abschließend, daß die Wasser-/ Abwasserkosten im ländlichen Raum höher liegen müßten, begründet dies aber nicht. In Wirklichkeit könnten die Kosten aber oft niedriger sein, wenn Thüringer Politik nicht zwei Jahrzehnte auf zentralem Anschlußzwang bestanden hätte und Abwässer nicht kostenintensiv durch kilometerlange Leitungen über Berge in oft überdimensionierte Kläranlagen gepumpt werden müßten. Auf dem Land steht zumeist genug Fläche für hocheffiziente, aber kostengünstigere Kleinkläranlagen zur Verfügung. Erst seit kurzem gibt man indirekt zu, daß der zentrale Anschlußzwang auf dem Land als nicht finanzierbar gescheitert ist, indem Kleinkläranlagen unter gewissen Bedingungen zugelassen wurden.

Ich halte es für wünschenswert, wenn sich zukünftige Kommentare zum Beitragsthema auf die Seite der Betroffenen - nach Statistischem Landesamt immerhin knapp 50 Prozent aller Thüringer (und nicht nur die erwähnten 1,14 Prozent in Form von Unterstützerunterschriften)! - stellen könnten und nicht dem alten Spiel "teile und herrsche" der Landesregierung in die Hände spielen würden. Denn das Thüringer Volksbegehren "Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben" ist gelebte Demokratie und verdient die Unterstützung insbesondere auch der Lokalpresse!

Frank Bernhardt, Kahla.
Pressesprecher BIG "Holzland"